

„Solidarisches Bürgergeld“ – ohne Sozialstaat?

Die Sozialstaatsphilosophie der letzten 50 Jahre stößt an ihre Grenzen. Dies jedenfalls meint Dieter Althaus, Ministerpräsident des Freistaats Thüringen und CDU-Mitglied, und sieht sich darin in Übereinstimmung mit all jenen, die den Sozialstaat für nicht mehr finanzierbar halten. „Wir müssen heute Antworten auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts geben“, und das durch eine grundlegende Reform. Dabei gilt es, Phänomenen wie Massenarbeitslosigkeit und nicht existenzsichernden Einkommen entgegenzuwirken, dafür die Familienarbeit sowie ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement zu stärken. Althaus plädiert deshalb für einen Systemwechsel in der Steuer- und Sozialpolitik, der folgenden Kriterien entsprechen soll:

- die Würde des Menschen muss unter allen Umständen garantiert sein,
- das System muss marktwirtschaftlich sein, weil nur damit die Freiheit gesichert werden kann, und es muss
- gerecht sein im Ausgleich zwischen den heute Lebenden und zukünftigen Generationen.

Solchen Grundsätzen ist kaum zu widersprechen, die Frage ist jedoch:

Kann das solidarische Bürgergeld diesen Vorgaben gerecht werden?

Das Modell sieht vor, dass jeder Bürger/jede Bürgerin ab 18 Jahren Anspruch auf Bürgergeld von 600 Euro im Monat hat, zuzüglich einer Gesundheits- und Pflegeprämie (Krankenversicherung) von 200 Euro für einen garantierten Leistungskatalog. Kinder und Jugendliche erhalten 300 Euro, dazu ebenfalls 200 Euro für die Gesundheitsvorsorge. Zusätzliche Einnahmen – etwa aus Erwerbsarbeit – sind bis zu einem eigenen Einkommen von 1.600 Euro mit 50% zu versteuern. Wer mehr verdient, bekommt nur noch das halbe Bürgergeld von 400 Euro, dafür werden alle weiteren Einnahmen mit einer

einheitlichen Steuer von 25% (flat tax) belastet. Für Bezieher hoher Einkommen bedeutet dies eine beträchtliche Steuerersparnis gegenüber heute. Weil auch die Sozialversicherungsbeiträge (Lohnnebenkosten) wegfallen, werden Löhne für die Arbeitgeber billiger. Da es auch keinen Mindestlohn geben soll, wenn jeder das Bürgergeld bekommt, kann der Arbeitsmarkt zu einem echten Markt werden, wo Angebot und Nachfrage die Preise bestimmen – so die Vorstellung. Damit könnte im Niedriglohnbereich ein Lohndruck entstehen, weil nur wenige mit 600 Euro im Monat gut leben können und viele genötigt wären, jeden Job um jeden Preis anzunehmen. Und weil vom so verdienten Geld jeweils die Hälfte abgezogen wird (bis zur Höhe von 1.600 Euro), dürfte es für Personen ohne besondere Qualifikation sehr schwer werden, aus der Armutszone herauszukommen.

Wissenschaftliche Unterstützung

Im Februar dieses Jahres wurde in der Thüringer Landeshauptstadt Erfurt eine Zweigniederlassung des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts (HWWI) eröffnet, das zu Grundsatzfragen der Wirtschaftsordnung forschen soll. Der Leiter des HWWI, Prof. Thomas Straubhaar, kann wohl zumindest als einer der Inspiratoren des solidarischen Bürgergeldes gelten und schlägt selbst ein Grundeinkommen vor. In einem Interview sagte er vor einiger Zeit:

„Wir haben keine andere Wahl, (das Grundeinkommen) dient dazu, dass der Gutverdienende und Kapitalist in Ruhe seine Arbeit machen kann.“

(Interview Brand eins 7/2005)

Straubhaar geht es vor allem darum, Arbeit und Wertschöpfung weniger zu

belasten, damit die Leistungsfähigkeit von Unternehmen freigesetzt werden kann. Ein wesentlicher Unterschied zu Althaus besteht allerdings in der Finanzierung durch Konsum- und Verbrauchsteuern, die die Exporte nicht belasten. Er denkt an eine Höhe zwischen 650 Euro und 800 Euro im Monat für jeden Staatsbürger jeden Alters, verbunden mit einer Steuer auf alle sonstigen Einkommen von 25%. Das Grundeinkommen ersetzt alle sozialen Transferleistungen (ausgenommen Zuschüsse zur Gesundheitsprämie) und kostet insgesamt nur einen Teil dessen, was für den aktuellen Sozialstaat aufgewendet wird. Gespart wird bei den Schwächeren, zugunsten der Tüchtigen, der Starken und vor allem der Wirtschaft.

Das „solidarische Bürgergeld“ ist keineswegs das einzige liberale Grundeinkommensmodell, das derzeit im deutschen Sprachraum und darüber hinaus diskutiert wird. Einige Befürworter ähnlicher Modelle wollen eine sehr viel weitergehende Liberalisierung aller gesellschaftlichen Einrichtungen. Der Staat soll sich auf innere und äußere Sicherheit konzentrieren, überall sonst wird Wettbewerb zu besseren Ergebnissen führen. So sollten Bereiche wie Verkehr oder Bildung stärker als bisher ökonomischen Kriterien unterworfen werden.

Im Gegensatz dazu plädiert die Katholische Sozialakademie Österreichs für ein integriertes Grundeinkommen, das den Sozialstaat nicht abschafft, sondern weiterentwickelt, wie dies seit Jahrzehnten immer wieder gelungen ist: für ein solidarisch finanziertes Grundeinkommen, das nicht ausgrenzt, sondern den sozialen Zusammenhalt stärkt, weil nur so gutes Leben für alle möglich wird.

-wo-